

Baselland droht Steuerwettbewerb zur Unzeit

Westschweizer Kantone wollen als Gewinner aus der Unternehmenssteuerreform III hervorgehen

Von Thomas Dähler

Bern/Lausanne/Liestal. Noch steckt die Unternehmenssteuerreform III (USR III) im Bundeshaus mitten in der parlamentarischen Beratung. Noch ist auch offen, ob je nach Entscheid des National- und Ständerats eine Referendumsabstimmung nötig wird. Doch bereits entbrennt auf Kantonsebene ein neuer Steuerwettbewerb. Der Kanton Waadt stimmt diesen Monat über eine Halbierung der Unternehmenssteuer ab, und auch Genf will die Steuern für die Unternehmen massiv senken. Die Nordwestschweiz könnte dabei zu den Verlierern gehören. Der Kanton Baselland hat in Anbetracht der desolaten Staatskasse wenig Handlungsspielraum – und wartet vorläufig ab.

Auf Bundesebene, wo in der laufenden Session bei der Unternehmenssteuerreform III der Nationalrat an der Reihe ist, kann sich der Kanton Baselland über die bisher gefallenen Entscheidungen nicht beklagen. Im Ständerat sind die Entscheide mehrheitlich so gefallen, wie sich Baselland dies im Vernehmlassungsverfahren gewünscht hat. Dass der Kanton Baselland die Patentbox als Ersatz für die privilegierte Besteuerung der Statusgesellschaften sowie die höheren Abzugsmöglichkeiten für Forschung und Entwicklung begrüsst, versteht sich. Das gilt ebenfalls für den Beschluss des Ständerats, die Anpassung der Dividendenbesteuerung den Kantonen zu überlassen, und für die Verzichte auf die zinsbereinigte Gewinnsteuer und auf die Abschaffung der Stempelsteuer. Darüber hinaus hat der Kanton Baselland – anders als etwa Basel-Stadt – auch ganz offiziell begrüsst, dass der Ständerat keine Kapitalgewinnsteuer einführen will. Generell soll auf Massnahmen verzichtet werden, die sich nicht an den Kernzielen der Reform orientieren.

Doch inzwischen zeichnet sich im neu zusammengesetzten Nationalrat



Bleibt Ikea? Der neu entfachte Steuerwettbewerb hat strukturierte Handelsgesellschaften im Visier. Foto Dirk Wetzel

ab, dass die zinsbereinigte Gewinnsteuer und die Abschaffung der Stempelsteuer (in einer separaten Vorlage) wieder mehrheitsfähig sein könnten. Der Kanton Baselland und seine bürgerliche Regierung begrüssen dies nach wie vor nicht, bestätigte der BaZ gestern Peter Nefzger, der Vorsteher der Steuerverwaltung. Eben erst hat der Ständerat die vertikalen Ausgleichsmassnahmen des Bundes zugunsten der Kantone erhöht. Dies würde damit wieder rückgängig gemacht. Die vertikalen Ausgleichsmassnahmen des Bundes beeinflussen den Spielraum des Kantons bei der Senkung der Steuerbelastung der Unternehmen, wenn 2019 die

privilegierte Besteuerung der Statusgesellschaften wegfällt. Auch 2019 dürfte der Kanton nicht wirklich in der Lage sein, den Unternehmen mit eigenen Mitteln entgegenzukommen.

Risiko der Abwanderung

Für Baselland und seine Nachbarn in der Nordwestschweiz ist es deshalb beunruhigend, dass die Waadt und Genf die definitiven Entscheide auf Bundesebene gar nicht abwarten wollen und bereits jetzt beschliessen, ihre Unternehmenssteuern auf jeden Fall zu halbieren. Genf senkt die Gewinnsteuer von 24,16 auf 13 Prozent. Der Kanton Waadt senkt sie, wenn die Volksabstim-

mung diesen Monat positiv verläuft, von 22,09 auf 13,79 Prozent. Damit liegen die beiden potenten Westschweizer Kantone plötzlich im interkantonalen Vergleich statt auf den letzten auf den vordersten Rängen. Der Baselbieter Finanzdirektor Anton Lauber hat letztes Jahr für den Kanton Baselland eine Zielgrösse von 16 bis 18 Prozent genannt. Heute sind es in Liestal 20,32 Prozent.

Dass Genf und die Waadt vorprellen, ist insofern nachvollziehbar, als in der Westschweiz viele Unternehmen weder von der Patentbox noch von den Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung profitieren können. Mehrheitsfähig machen die Regierung

Die USR III

Bern. Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) ist die Reaktion der Schweiz auf den Druck der OECD und der G-20, welche die privilegierte Besteuerung von ausländischen Unternehmensgewinnen durch die Schweiz nicht mehr weiter hinnehmen wollen. Deshalb ist die Schweiz gezwungen, bis 2019 die Dumping-Steuersätze für Statusgesellschaften abzuschaffen. Dies führt zu einer tiefgreifenden Reform der Unternehmensbesteuerung beim Bund und bei den Kantonen. Ohne flankierende Massnahmen würden zahlreiche heute privilegiert besteuerte Unternehmen die Schweiz verlassen. Für die Statusgesellschaften sind künftig nur noch privilegierte Steuersätze möglich, wenn diese den internationalen Standards entsprechen. Dies ist bei der Patentbox und bei den Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung im Inland der Fall. Darüber hinaus steht eine Senkung der Gewinnsteuer im Zentrum, damit die Unternehmen nicht abwandern. Letztere hat für Kantone ohne hohen Anteil an Forschung und Entwicklung besondere Bedeutung. td

gen dabei die Steuersenkung für Unternehmen, indem sie sie sozial abfedern – etwa mit der gleichzeitigen Erhöhung der Familienzulagen oder mit höheren Krankenkassen-Prämienvverbilligungen, zur Hälfte finanziert durch den Bund.

Für die Nordwestschweiz kommt der neue Steuerwettbewerb zur Unzeit. Es könnte daraus ein Abwanderungsrisiko vor allem für Handelsgesellschaften entstehen. Noch ist allerdings offen, welche weiteren Massnahmen die Kantone beschliessen, wenn die Vorlage auf Bundesebene verabschiedet ist. Steuerverwaltungsvorsteher Nefzger bleibt für Baselland zuversichtlich: «Wir sind mit den Unternehmen im Gespräch».

Ein neuer Rheinsteg als Leuchtturm

Brücke in Rheinfelden soll Lücke schliessen, die durch Rückbau entstanden ist

Von Daniel Aenishänslin

Rheinfelden. Rheinfeldens Rotes Haus wird nun wohl doch saniert und erweitert. Gemeinderat Hans Gloor führte an der gestrigen Medienorientierung im Rathauskeller aus, wie sich das Projekt an der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 30. März präsentieren wird. Mit 3,4 Millionen Franken Baukosten ist es vor allem eine Million günstiger als noch 2013.

Ein Referendumskomitee um Fritz Gloor, pikanterweise Bruder von Hans Gloor, stoppte die erste Variante an der Urne. «Wir sind immer noch der Meinung, es wäre besser, man würde das Gebäude abreißen und ein neues bauen», erläutert Fritz Gloor seinen heutigen Standpunkt. Schliesslich sei das Rote Haus in einem wirklich schlechten Zustand. Doch sei das neue Projekt günstiger, und es werde auch kein Restaurant integriert. «Das Projekt ist nicht optimal», bilanziert Fritz Gloor, «aber unsere Hauptziele sind erreicht, also können wir auch nicht mehr dagegen sein.»

Die Ersparnis rührt daher, dass der Anbau nicht mehr zweigeschossig, sondern eingeschossig sowie schlichter werden soll. Sein Ausseres bildet eine Holzfassade. Dadurch soll es den Charakter einer Scheune erhalten, passend

zum Bauernhaus von 1815. Das Gebäude wird komplett rollstuhlgängig. «Rotes Haus» und Anbau umfassen einen kleinen Platz, der Begegnungen ermöglichen soll. Stimmt Rheinfelden dem Verpflichtungskredit zu, kann ab Oktober gebaut werden. Das kommunal geschützte und sanierte Gebäude mit seinem Anbau könnte rund ein Jahr später in Betrieb genommen werden.

«Eine gute Investition»

Im Gebäude soll ein Zentrum für Beratungsdienstleistungen entstehen. Abgedeckt werden sollen die Segmente Jugend, Familie, Alter, Soziales sowie Integration. «Auf Dauer betrachtet ist das eine gute Investition», sagte Hans Gloor. Nicht zuletzt, weil auch das Rote Kreuz ins Rote Haus ziehen will. «Wenn ich an die Flüchtlingssituation denke, sind wir mit dieser Infrastruktur gut gerüstet.» Der Kredit beinhaltet nicht die Kosten für die Gestaltung des Stadtgrabens. Diese werden dem Kredit «Oberflächengestaltung Müller-Brunner-Areal» zugerechnet. Das Rote Haus im historischen Stadtgraben steht auf demselben Areal gegenüber der Rheinfelder Schiffplände. Es markiere die Eingangssituation zur Altstadt.

«Wenn wir über Massnahmen nachdenken, die unsere Altstadt beleben sollen, ist diese eine einmalige Chance»,

warb Hans Gloor für einen neuen Rheinsteg, vielmehr eine «elegante» Hängebrücke. Der Steg soll unter anderem noch mehr Spaziergänger – vor allem Senioren – nach Rheinfelden bringen. Viele von ihnen würden schliesslich die Altstadt besuchen. Der Gemeinderat beantragt deshalb einen Verpflichtungskredit über 3,73 Millionen Franken. Abzüglich aller Zuschüsse müsste die Stadt noch rund 1,5 Millionen Franken tragen. Im badischen Rheinfelden ist die Vorlage bereits durch. Der Bau könnte 2017 starten. Im darauffolgenden Jahr dürfte der Steg in Betrieb genommen werden.

Der neue Rheinsteg soll die Lücke schliessen, die 2011 durch den Rückbau des alten Kraftwerks entstanden ist. Das neue liegt nun 800 Meter weiter rheinaufwärts; der neue Steg läge genau in der Mitte zwischen dem neuen Kraftwerk und der alten Rheinbrücke. Vom alten Kraftwerk führte ein rege genutzter Eisensteg über den Rhein nach Deutschland. Gloor geht davon aus, dass über 500 Berufstätige täglich über den neuen Steg in die Schweiz pendeln würden. «Der Steg wäre ein wunderbarer Leuchtturm für Rheinfelden», schwärmte Hans Gloor. Er würde den Rhein als Naherholungsgebiet erschliessen und als Bauwerk viele Fans und Architekten anziehen.



Fussweg über den Rhein. So soll der neue Steg aussehen, der die beiden Rheinfelden ab 2018 verbinden könnte.

Streit um den richtigen Rheinhafen

Wie der Staat private Schweizer Unternehmen konkurrenziert

Von Hanspeter Weibel



«Wieso steigt der Staat ohne Not in das Containergeschäft ein?» Diese Frage stellt Roman Mayer, Unternehmenschef der privaten Baselbieter Terminal-

betreiberin Swissterminal, im Interview mit der Basler Zeitung vom 29. Februar. Die Frage ist berechtigt. Mittels Subventionsgeldern des Bundes in Millionenhöhe soll mit dem Projekt Basel Nord ein Staatsprojekt am falschen Ort (nämlich mitten in einem neu zu erschliessenden hochwertigen Wohngebiet) und in einer Ausgestaltung entstehen, die schon auf dem Papier zeigt: grössere Containerschiffe können dort kaum oder mit Zeitverlust manövrieren, für den Warenumsatz gibt es zu wenig Platz, für die kurzfristige Warenlagerung stehen kaum freie Flächen zur Verfügung. Mit anderen Worten: Das Projekt Basel Nord macht unter diesen Voraussetzungen schlichtweg keinen Sinn.

Trotzdem läuft die PR-Maschine der Staatsbetriebe für ihr Projekt seit Monaten auf Hochtouren. Das Konsortium aus SBB Cargo, Rhénus Contargo und Hupac will offensichtlich unter allen Umständen eine privat getragene Alternative verhindern. Die gibt es. In Weil am Rhein. Und zwar durch private Unternehmen geplant. Doch um das Staatsprojekt auf Schweizer Seite wider alle Vernunft durchzudrücken, sollen die drei privaten Schweizer Unternehmen Swissterminal, Ultra Brag und Danser Switzerland mit inakzeptablen Knebelverträgen ausgebootet werden. Wie Roman Mayer im Interview sagte, fordert das staatliche Konsortium, dass die private Swissterminal ihre heutigen Terminals in Rekingen und Frenken-dorf schliessen – ohne dass die Firma

die Garantie hätte, beim neuen Projekt Basel Nord wirklich dabei zu sein. Einem Projekt, für das es bis heute keine Wirtschaftlichkeitsrechnung gibt (was bei staatlich geförderten Projekten eher die Ausnahme darstellt).

Dass die Handelskammer beider Basel das staatliche Projekt unterstützt, muss vor diesem Hintergrund verwundern. Dass die versammelte regionale Linke – vom Stadtbasler SP-Regierungsrat Hanspeter Wessels bis hin zum Baselbieter Ständerat Claude Janiak – keine Alternative zum Staatshafen sieht, ist schon eher verständlich. Pikant: Ausgerechnet die gleichen linksgrünen Kreise, die üblicherweise für mehr internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Projekte plädieren, argumentieren nun, Basel-Nord sei für die Landesversorgung wichtig.

Die Landesversorgung ist auch mit einem Terminal auf deutscher Seite bestens gesichert.

Das sei eine Schwäche des privaten Projekts in Weil. Das ist natürlich Unfug. Die Landesversorgung ist auch mit einem Terminal auf deutscher Seite, in welchem Schweizer Unternehmen tätig sind, bestens gesichert. Offensichtlich befürwortet Links-Grün eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit nur dann, wenn Staatsbetriebe involviert sind (zum Beispiel die Tramlinie Nummer 8 nach Weil). Wenn aber private Schweizer Unternehmen eine valable Alternative zu einem mit Millionen subventionierten staatlichen Projekt präsentieren, werden sie kalt abserviert. Aber was kümmerts den Steuerzahler? Bundesgelder sind ja nicht wirklich Steuergelder.

Hanspeter Weibel ist SVP-Landrat aus Bottmingen.